

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

79 (6.4.1921)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.—A. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in A-lagen 4.80 A; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25 A

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491.

Anzeigen: Die übliche Kolonietarife 1.—A. Die Restamette 8.50 A; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 5 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Die Regierungsbildung in Preußen Kein Zusammengehen von Sozialdemokraten mit Volksparteilern

Berlin, 6. April. In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die sich gestern mit der Frage der preussischen Regierungsbildung beschäftigte, wurde laut „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht, daß die bisher gepflegten interfraktionellen Besprechungen keine neuen Tatsachen ergeben hätten, die Anlaß dazu geben, von dem früher gefassten Beschluß der Fraktion, nicht mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen. Da ihrerseits das Zentrum und die Demokraten an ihrem Standpunkt festhalten, daß für die bisherige Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit vorhanden sei, und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteigruppierung im Reich und Preußen umzugestalten, abgelehnt haben, so könne, wie das „Berliner Tageblatt“ betont, kein Zweifel bestehen, daß die Verhandlungen in ein äußerst kritisches Stadium getreten sind.

## Zur Regierungsbildung in Preußen

Berlin, 5. April. Den Vätern zufolge tritt Mittwoch morgen der interfraktionelle Ausschuss des Reichstages zusammen, um mit der Regierung über die Frage der Kabinettsbildung im Reich und in Preußen zu verhandeln.

Nach der „Voss. Ztg.“ neige man nach dem Verlaufe der gestrigen Vorbesprechung zu der Auffassung, daß die sozialdemokratische Fraktion trotz aller Bedenken ein Eintreten in die gegenwärtige Koalition, die die Deutsche Volkspartei umfaßt, zustimmen werde. Ein solcher Beschluß für die preussische Regierungsbildung würde automatisch auf die Koalitionsverhältnisse im Reich zurückwirken.

## Die Regierungsbildung in Mecklenburg-Schwerin

Berlin, 5. April. Wie der „Vorwärts“ aus Schwerin meldet, hat eine Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Mecklenburg-Schwerin beschlossen, die Fraktion zu beauftragen, sich an der Regierungsbildung unter folgenden Bedingungen zu beteiligen: 1. Sicherung der Verfassung des Mecklenburgischen Freistaats und der Deutschen Republik. 2. Demokratisierung der Verwaltung. 3. Ausbau der Selbstverwaltung der Kreise unter Beschränkung der Befugnisse des Provinzrats auf das im staatlichen Interesse notwendige Mindestmaß. 4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit. 6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Erwerbslosigkeit durch Schaffung von Arbeit. 7. Förderung des Ernährungswesens. 8. Durchführung der Trennung von Kirche und Staat. 9. Durchführung der Einheitschule.

Der Antrag einer von den Kostöder Vertretern geführten oppositionellen Gruppe, der ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei schlechthin ablehnte, wurde mit 104 gegen 25 Stimmen verworfen.

## Vom Bergarbeiterstreik in England

London, 5. April. Wie die Blätter melden, ist bisher eine Besserung in der Streiklage nicht eingetreten. Infolge Kohlenmangels mußten bereits viele Werke schließen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Der „Morning Post“ zufolge scheint es, daß der Arbeiterstreik bei seiner morgigen Sitzung weniger eins sein wird als ursprünglich angenommen wurde. „Daily Herald“ behauptet, Militär und Marine seien bereits in Bewegung gesetzt worden, um praktisch gegen jede Art von Unruhen vorzugehen. „Daily Express“ sagt, entweder werde der Streik durch die Anstrengungen des Tages gebrochen, oder es werde sich ein Zustand entwickeln, der ganz gut Revolution genannt werden könne.

London, 5. April. An verschiedenen Orten mußten die Mannschaften, denen die Aufsicht der Gruben und der Dienst an den Pumpen anvertraut worden war, unter dem Druck der Streikenden ihre Posten verlassen. Der Vorherrscher der Gewerkschaft englischer Bergleute teilte in der Nacht zum Montag mit, daß innerhalb der letzten 24 Stunden zwei neue Gruben erkauft sind und nicht mehr ausgebeutet werden können. Im Bezirk Waich sind Feuerbrünste in den Gruben ausgebrochen. Rettungsarbeiten konnten wegen Mangels an geschultem Personal nicht vorgenommen werden. Versuche, das Feuer zu löschen, wurden von den Streikenden verhindert. In Wales und Schottland ist die Lage sehr ernst geworden und erfüllt mit größter Besorgnis. In Edinburgh kam es zu schweren Ausschreitungen. Es mußten Soldaten herbeigeholt werden, um die von den Streikenden verübten Verwüstungen der Gruben zu verhindern. In Ayrham verlangten im Verlauf einer Versammlung die Streikenden, daß die Gewerkschaft ihnen Waffen liefere, damit der Dienst an den Pumpen verhindert werden könne. Da die Fischdampfer nur beschränkt mit Kohlen beliefern werden, müssen sie ihre Ausfahrten einschränken und man konstatiert bereits ein merkliches Anziehen der Fischpreise. Hand in Hand geht damit die Verteuerung der übrigen Lebensmittel.

## Ernte Drohungen Frankreichs gegen Deutschland

Paris, 6. April. In der gestrigen Nachmittags-sitzung des französischen Senats wurde das Budget der auswärtigen Angelegenheiten beraten. Der Senator Henry de Jouvenel sprach über die Lage in Rußland im Anschluß an die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Schließlich lenkte der Senator zur Reparationsfrage über. Sie sei ein deutsch-französisches Problem geworden, anstatt ein internationales Problem zu bleiben. Europa müsse durch ein Abkommen aller interessierten Staaten reorganisiert werden. Bei den Verhandlungen, die an dem Verfalltag, am 1. Mai, stattfinden würden, müßten die Vereinigten Staaten ein Wort mitsprechen und zur Reorganisation Europas mithelfen, wenn sie nicht gezwungen werden wollten, noch einmal nach Europa zu kommen, um die Zivilisation zu retten.

Darauf ergriff Ministerpräsident Briand das Wort. Wenn Frankreichs finanzielle Lage ernst sei, so sei das eine Folge des paradoxen Zustandes der siegreichen Nation, die durch den schlichten Willen ihres Schuldeners gezwungen sei, die Lasten aufzubringen, die diesem zufielen. Der Vertrag von Versailles garantierte für die Ausführung. Die drei Großmächte müßten sich darüber verständigen. Die Politik, die er betriebe, sei die einzig richtige. Briand sprach sodann von den Sanktionen. Der Weltfriede am Rhein sei nun aufgestellt. Deutschland wolle die Alliierten hindern, vor dem 1. Mai zu verhandeln. Wenn dieser Verfalltag verstrichen sei, dann lehne man zum gemeinen Recht zurück. Wenn Deutschland dann noch veruche, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, dann werde eine starke Hand auf Deutschland niederfallen. (Beifall der Rechten.) Alles was Deutschland begehre, garantiere die Schuld. Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen würden. Ein Teil der Wiederschütmer müsse zur Zahlung herangezogen werden. Der Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einvernehmen mit seinen Verbündeten fest entschlossen sei, das letzte Wort zu sagen. Er belege das deutsche Volk, es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten stehe, und daß man entschlossen sei, zu seinen Forderungen zu gelangen, wenn nötig mit Gewalt.

## Schwedisches Urteil über die Franzosenherrschaft im Rheinlande

Stockholm, 6. April. „Svenska Morgensbladet“ bringt unter der Überschrift „Wie der Däw groß gesprochen wird“ einen Brief eines Schweden aus dem Rheinland. In dem Brief wird festgestellt, daß trotz aller französischer Dementis in dem ganzen Gebiet etwas mehr als 24 000 französische Soldaten seien. Die Eroberung gegen die Franzosen sei überall groß infolge ihres herausfordernden rücksichtslosen Verhaltens und ihres Wohllebens auf Kosten Deutschlands, sowie wegen der wegen Ausweisungen betriebenen Spionage in Cafés, Restaurants usw. Es sei ein Schimpf, halbweide Aristokrat mit ganz anderen Begriffen von Moral und Kultur zu hören über deutsche Städte und Dörfer zu machen. Die Nachrichten über Vergewaltigungen deutscher Frauen seien keineswegs übertrieben. Nicht einmal in den Städten, viel weniger in den Dörfern seien allein ausgehende Mädchen abends sicher. Der durch die farbigen französischen Truppen großgezogene Haß werde sich nach Menschenaltern rächen. Die Franzosen täuschten sich, wenn sie glaubten, das Rheinland mit diesen Methoden in fünfzehn Jahren französisch zu machen. Auch der Versuch, auf friedlichem Wege durch Kulturpropaganda zu französisieren, sei fehlgeschlagen. Der Artikel schließt: Inwiefern bleibt ja bisher der Weg der Gewalt, da ja der Weg der Ueberzeugung nicht glückt.

## Amerika und Deutschland

Paris, 5. April. Senator Knox hat einem Vertreter des „Nation“ in Washington folgende Erklärung abgegeben: Frankreich, England, Italien, Japan und ganz Europa leben im Frieden mit Deutschland. Nur Amerika befindet sich im Kriegszustand mit diesem. Das müßte aufhören. Amerika habe den Vertrag von Versailles, der das Völkerbündnis enthält, nicht angenommen. Er enthalte Vereinbarungen über die Grenzen in Mitteleuropa, die die Amerikaner nicht interessieren und Vereinbarungen hinsichtlich des ferneren Ostens, denen Amerika nicht zustimmen könne. Amerika wolle jedoch nicht, daß über die zukünftigen Absichten Wippenhandlungen herrschen und damit weder Deutschland oder sonst jemand sich täusche, werde er seiner Resolution eine Zusatzklausel hinzufügen, daß, wenn der Zivilisation auf neue eine Gefahr drohe wie im Jahre 1914 die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Ländern, die sich in Gefahr befänden, in Verbindung treten würden. Auf die Frage, ob er die Mitteilung Kordings über die moralische und materielle Verantwortlichkeit Deutschlands billige, hat Senator Knox geantwortet: Nebenfalls vollkommen. — Die Resolution Knox wird im Senat im Mai zur Diskussion gelangen.

## Eine spanische Stimme gegen die Teilung Oberschlesiens

Madrid, 5. April. „Tribuna“ bringt einen Artikel über die ober-schlesische Abstimmung, in dem ausgeführt wird, trotz des politischen Terrors und der französischen Mißgunst hätten sich 61 Prozent der Bevölkerung für Deutschland ausgesprochen. Wenn die französische Presse trotzdem einen großen Teil der Kohlengruben für Polen fordere, so beweiße dies nur aufs neue, daß Frankreich einen starken Willenshaat Polen zu schaffen wünsche, unbedünnt um Gerechtigkeit und Volkswillen.

## Wiederaufbau, Weltwirtschaft, Internationalität

### Der Wiederaufbau als internationale Aufgabe

In der ersten Nummer des neuen Jahrgangs der „Globe“ beschäftigt sich Parvus mit dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft, der, wie er sehr richtig sagt, ein völlig anderes Problem ist als das der Wiedergutmachung, für die Deutschland allein haftbar gemacht wird. Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft — von dem im übrigen die Möglichkeit Deutschlands, Wiedergutmachungen zu leisten, abhängt — ist für Parvus eine internationale Angelegenheit. Er sagt:

Um die Arbeit zu beschleunigen, ist es notwendig, sie auf sämtliche Industriestaaten entsprechend den vorhandenen Produktivkräften zu verteilen.

Würde man ein Land, z. B. Deutschland, mit Aufrufen für die Wiederherstellung überlasten, so würde man dadurch die Erledigung der Aufgabe nicht beschleunigen, sondern verlangsam. Dabin führt es aber, wenn man Deutschland eine übermäßige Kriegsschadigungssumme auferlegt. Denn wenn man zu Deutschland sagt, „zahle“, so heißt es „arbeite“. Es läuft darauf hinaus, daß Deutschland seine Produktion steigern, die Industrie entwickeln, den Export vermehren soll, um die Werte zu erlangen, die es seinen Gläubigern zu zahlen hat. Die Milliarden, die man von Deutschland empfängt, wird man zu einem großen Teil an Deutschland zurückzahlen müssen, um dessen Waren abzu kaufen. Und tut man das nicht, so kann Deutschland nicht exportieren, und folglich auch nicht zahlen. Und wenn die Deutschland auferlegten Zahlungen über dessen Kraft hinausgehen, so muß auch dessen Industrie verfallen und das Ganze kommt ins Stoden.

Das Wertvollste ist, daß man, obwohl man von Deutschland Zahlungen verlangt, doch zugleich die Entwicklung seiner Industrie einschränken möchte. Deutschland soll seine Produktion steigern, ohne sie zu entwickeln, es soll zahlen, ohne einzunehmen. Und weil wir diesen Widerspruch aufdecken, deshalb bekommen wir Prügel. Man kann aber den Gaul wohl zu Lode prügeln, vorwärts kommt man dadurch nicht.

Ein anderer und wohl berechtigter Gesichtspunkt ist es, wenn gesagt wird, Frankreich wolle die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete vor allem zur Beschäftigung seiner eigenen Arbeiter und zur Entwicklung seiner eigenen Industrie ausnutzen. Das ist durchaus richtig. Und da der Wiederaufbau mit den vollkommensten Mitteln der modernen Technik geschieht, so kann es sich nicht um eine einfache Wiederherstellung des Gewesenen handeln, sondern die französische Industrie muß vorwärts gebracht, sie muß auf eine höhere und breitere Basis gestellt werden. Auf diese Weise würde die Wiedergutmachung zum Ansporn einer dauernden Entwicklung werden. Frankreich würde industriell erstarren und mit vorteilhafteren Mitteln die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder aufnehmen können. Aber gerade deshalb kann Frankreich ohne umfassende Mitwirkung von ausländischer Arbeit und Industrie beim Wiederaufbau nicht auskommen. Wollte es die ganze Arbeit allein machen, so müßte das die Erledigung verzögern. Man würde auch notgedrungen zur überlasteten und folglich schlechten Ausführung gelangen. Diese Gefahr liegt besonders in der Bauindustrie nahe. Diese Verzögerung und Verschlechterung würde auch insofern schädlich wirken, als die französische Industrie inzwischen von den anderen überflügelt werden könnte. Eine andere Gefahr besteht darin, daß, wenn Frankreich seine eigenen Arbeitskräfte und seine eigene Industrie im Übermaß zur Ausführung der Wiederaufbauarbeiten in Anspruch nimmt, es nach Erledigung der großen Aufträge nicht genug Beschäftigung für die hochgetriebene Industrie und die engagierte Arbeitskraft haben würde. Es würde also erst Arbeitermangel beim Wiederaufbau, dann Arbeitslosigkeit nach Erledigung der großen Arbeiten aufzuweisen haben. Selbstverständlich würden die Arbeiter unter diesen Umständen auch teuer zu stehen bekommen.

Es ist deshalb durchaus verfehlt, wenn man in Frankreich aus nationalen Gründen der Beschäftigung deutscher oder anderer fremder Arbeiter beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich entgegensetzen möchte. Wenn die deutsche Industrie Maschinen für Frankreich liefert, so fördert sie dessen Produktionsentwicklung, folglich die Kraft Frankreichs; wenn die deutschen Arbeiter Häuser in Frankreich bauen, so fördern sie den Wohlstand, folglich die Kraft Frankreichs.

Eine rationelle Verteilung der Arbeiten auf mehrere Industriestaaten ist das wichtigste Problem des Wiederaufbaus. Man erreicht auf diese Weise die schnellste, beste und billigste Ausführung und sorgt für eine kontinuierliche Entwicklung der Industrie.

## Der Weltkongreß

Parvus gibt neue Vorschläge für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft. Seine Darlegungen spielen in der Skizzierung eines großen internationalen, die Produktion tragenden und anspornenden Konzerns. Nur in der

Schaffung eines solchen Konzerns sieht Barbus die Rettung vor dem Wirtschaftszusammenbruch der ganzen Welt. Er sagt:

Der Marktbedarf drängt zur Produktion, die Rohstoffanbahnung drängt zur Produktion, die Ueberfüllung des Geldmarktes drängt zur Produktion, die Arbeitslosigkeit drängt zur Produktion — aber die Produktion kommt nicht zustande, weil die Zusammenhänge des Weltmarktes unklar und unklar sind.

Der Durchschrittskapitalist, ja der einzelne Kapitalist überhaupt kann diesen Schwierigkeiten gegenüber nicht aufkommen. Um das Problem zu lösen, ist es vor allem notwendig, daß sich ein starker Konzern bildet der mit großen Mitteln und weit verzweigt die industrielle Tätigkeit wieder aufnehmen.

Der Konzern muß groß genug sein, um in sich selbst die Schwankungen der Warenpreise und des Geldwertes ausgleichen zu können, er muß sein eigener Rohstofflieferant und sein eigener Bankier sein und möglichst auf internationaler Basis aufgebaut werden.

Es ist klar, daß ein solcher Konzern auch die größte Gewähr bieten würde für die billigsten Preise, die beste und schnellste Ausführung der Arbeiten.

Er würde ein Moment des Vertrauens darstellen, eine feste Basis, an die sich ein gesicherter Geschäftsverkehr würde anschließen können.

Der Konzern würde durch die großen Dimensionen seiner Produktionstätigkeit und seine internationalen Beziehungen auch direkt regulierend auf die Warenpreise und Kurse wirken können.

Durch all das wird der Boden vorbereitet werden zur Sicherung der Valuta und der Wiedereinführung der Goldwährung.

### Die deutschen Monarchisten und der Umsturz am 9. November 1918

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“ hatte in einem Artikel behauptet, daß es in der Nacht allein des Zentrums gelegen wäre, sofort nach der Revolution „einen festen stoßkräftigen bürgerlichen Block“ zu bilden und dadurch „der roten Flut unbedingte Einhalt zu gebieten“. Welche Wendung hätten die Geschehnisse Badens und des Reiches genommen, wenn nicht an der Haltung des Erzbergerischen Zentrums die Bildung eines bürgerlichen Blocks gescheitert wäre?

Herr Dr. Schofer soll an allem schuld sein, der nach der Revolution in dieser Sache „das letzte und entscheidende Wort“ hatte. Alle bürgerlichen Kreise, soweit sie den Kopf nicht verloren hatten, seien „in jenen schicksalsschweren Tagen“ für einen solchen Bürgerblock gewesen. Es kam nicht so, und das ist die Schuld des Zentrums.

Diese deutschnationale Anklage gibt nun dem „Badischen Beobachter“ Anlaß, folgendes zu sagen:

Wie verhält es sich aber in Wahrheit mit dem „festen bürgerlichen Block? Wer von den Deutschnationalen hatte denn in den Revolutionstagen und noch lange hintennach „nicht den Kopf verloren“? Wer von den Herrschenden war denn damals entschlossen, den Kopf für Monarchen und das alte System hinzuhalten? Welche deutschnationalen Offiziere haben zur Verteidigung dessen, was sie der Fahnenred verpflüchtete, das Schwert ergriffen, um die alte Regierung mit Lebensgefahr zu verteidigen? Welche deutschnationalen Politiker haben damals sich öffentlich für diesen bürgerlichen Block mit ihrem Kopfe eingesetzt?

Beim Karlsruher Generalkommando waren meines Wissens etwa 200 Offiziere. Nicht einmal die Hälfte wäre notwendig gewesen, um in Karlsruhe die Revolution niederzuhalten, wenn alle entschlossen und pflichtgemäß ihr Leben für die alte Ordnung riskiert und scharf zugegriffen hätten. Das ist das Urteil aller Unterrichteten.

Nicht anders war es anderorts. J. V. in Stuttgart, Berlin und München. Bei dieser Sachlage muß man die fache Verdrängung des Herrn Abgeordneten Dr. Schofer und des Zentrums, wie sie die „geschädigte“ Seite sich herausnimmt, als erbärmliche Fälschung der Tatsachen erklären.

Der erste, der in Karlsruhe in großer Versammlung und öffentlicher Rede die Revolution verurteilte, war der von an-

genen Illusionisten heute angegriffene Zentrumsführer Dr. Schofer. Irrendweldes Echo fand jedoch diese Verurteilung in deutschnationalen Kreisen damals nicht. Die schiefen noch lange weiter oder suchten ihre Köpfe. Anscheinend suchen sie sie heute noch.

Die Charakteristik, die das Zentrumsbüchlein von den heute maulaufrichtenden Deutschnationalen wie von den Offizieren in der Heimat entwirft, ist durchaus richtig. Wie Kleinlaut und wie ängstlich waren die Herrschaften am 9. November und an den folgenden Wochen. Wie weiches Wachs konnte man den grimmigsten Obersten um den kleinen Finger wickeln. Von den deutschnationalen Heimkriegern gleich gar nicht zu reden. Umso frecher gebärdet sich jetzt diese Gesellschaft, die ihre Monarchen so feige und erbärmlich im Stiche gelassen hat. Gewiß, sie hätten die gottesgnädigsten Herrschaften nicht mehr retten können, weder in Karlsruhe noch in Berlin, aber daß nicht einer dieser deutschnationalen Tröbte auch nur den Versuch machte, seinen Kopf für die Monarchie zu riskieren zeigt, was für eine elende Bande diese Deutschnationalen, Volksparteiler und Konjorten sind.

### Die Ränderbanden in Mitteldeutschland

Ein Redaktionsmitglied der „Frankfurter Zeitung“, das während der Kämpfe in Mitteldeutschland geweilt hat, entwirft folgende Schilderung, die wir als durchaus zutreffend anerkennen:

Die Bevölkerung in den heimgejagten Städten und Dörfern, die bis zum Eintreffen ausweichender Polizeikräfte schulploß den Schandtatzen plünderer und brandschlagender Ränderbanden ausgeliefert war, hat außerordentlich Schweres erduldet. Man sprach von einem Bürgerkrieg in Mitteldeutschland und gewisse Kreise haben aus durchsichtigen Gründen diese Fiktion bis zuletzt aufrecht zu erhalten versucht. In Wirklichkeit aber hatten diese Kämpfe nichts weniger als politischen Charakter. Politisch war lediglich ihre Ursprung. Sie sind entstanden aus jener maßlosen Verheerung, die kommunistische Agitatoren und die kommunistische Presse aller Schattierungen seit Wochen und Monaten getrieben haben, und die bei den von radikalen Elementen stark durchsetzten, politisch und gewerkschaftlich ungeschulten Arbeitermassen Mitteldeutschlands auf einen besonders fruchtbareren Boden fiel.

Das Entscheidende aber ist, daß, als die kommunistische Partei die Zeit zum Loslöschen für gekommen hielt und die Verhärterung des politischen Schusses in dem Gebiet um Halle zum Vorwand nehmend, das Signal zum bewaffneten Widerstand gab, die übergroße Mehrheit ihrer eigenen Anhänger ihr die Gefolgschaft verweigerte. Selbst in Berlin, in denen bei den letzten Wahlen fast nur kommunistische Stimmzettel abgegeben wurden, war es kaum eine Handvoll organisierter Arbeiter, die den kommunistischen Mobilisierungsbefehlen Folge leisteten.

Das sich um die kommunistischen Fahnen scharte, das war, wie immer bei solchen Gelegenheiten, das Verbrecherpad der Großstädte, allerlei schicksalloses Gesindel, das durch die Aussicht auf reiche Beute angezogen wurde, waren endlich halbwegsige, durch den kommunistischen Propagandawall verirrte und verleitete unerschrockene Burschen und einige politische Desperados und Karren. Das war die Truppe, mit der der Kommunismus für Freiheit und eine bessere Weltordnung in den Kampf zog. Wie sie diesen Kampf führte, das zeigen die zahlreichen, in den heimgejagten Ortschaften vorgefundenen und meist von dem verächtlichsten Ränderhauptmann G.H. unterzeichneten Aufrufe und Bescheide zur Genüge. Mit zynischer Offenheit wurde darin aufgeführt, alle Kapitalisten totzuschießen und durch Konfiskation ihres Vermögens eine ungerechte Weltordnung zu korrigieren.

Der politische Demantel mußte für Mord, Raub, Plünderung, Exzesse und andere gemeine Verbrechen eines tierisch verrohten Gesindels herhalten.

Die Arbeiterchaft aber hatte nichts gemein mit diesen Banditen. Wohl mag der eine oder andere der kommunistisch organisierten sich aus falsch verstandenem Solidaritätsgefühl heraus verpflichtet haben, im Kampfe gegen die ihm verhasste fanatische Ordnung nicht zu fehlen. Aber das waren Ausnahmen. Die große Masse selbst der Kommunisten hielt sich dem verbrecherischen Treiben fern.

In Wirklichkeit hat die kommunistische Partei ein klägliches Nichts erlitten. Denn die übergroße Mehrheit ihrer Anhänger hat sie im Stiche gelassen und damit mehr Besonnenheit und Verantwortungsgesinnung bewiesen als ihre verbren-

deten und fanatisierten Führer, die sich nicht schämen, noch jetzt die gemeinen Verbrecher rüberischen Gesindels als „revolutionäre Tat“ zu verherrlichen.

### Das Recht der Beamten auf freie Meinungsäußerung

D. Veet, Oberrevisor, Karlsruhe

Durch die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919 ist den Beamten das Recht auf freie Meinungsäußerung, genau wie allen anderen Staatsbürgern garantiert. Der Artikel 118 Abs. 1 bestimmt: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. In diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.“ Außerdem bestimmt der Artikel 109 der neuen Reichsverfassung, daß alle Deutschen vor dem Gesetze gleich sind.

Solange der Beamte also die allgemeinen Gesetze respektiert, steht ihm das Recht der freien Meinungsäußerung gemäß Reichsverfassung zu. Das obrigkeitliche Beamtengeleitz kann niemals als allgemein gültiges Gesetz angesehen werden. Es ist ein besonderes Gesetz für die Beamten. Zudem steht die Beamtenchaft gegenwärtig vor der Neuschaffung eines Beamtenrechts, das einheitlich alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte umfassen soll. Die Grundlage zu diesem neuen Beamtenrecht kann nur die Reichsverfassung sein. Ebenso wie der Artikel 165 der neuen Reichsverfassung den Rahmen für das später erlassene Betriebsrätegesetz abgeben hat, ebenso muß der Artikel 118 u. a. die Grundlage des neu zu schaffenden Beamtengesetzes bilden.

Die Motive, die den Gesetzgeber veranlaßt haben, in der neuen Reichsverfassung auch den Beamten das Recht auf freie Meinungsäußerung zu geben, sind tieferer Natur, als man so im allgemeinen anzunehmen scheint. Man hat nach der Revolution eingesehen, daß der alte Staat durch die politische Entmündigung seiner Beamten sich selbst am meisten geschädigt hat. Der neue Volksstaat mußte hier neue Wege gehen, weil er es nicht verantworten konnte, das Wohl des ganzen Volkes hinter die Interessen einer bestimmten Klasse zurücktreten zu lassen. Er war der Auffassung, daß man die Beamten gerade im Staatsinteresse, genau wie alle übrigen Staatsbürger innerhalb der allgemeinen Gesetze frei reden lassen mußte, weil ihnen infolge ihrer berufsmäßigen Beschäftigung mit den Staatsdingen zweifellos eine Fülle sachlichen Materials für die Beurteilung der öffentlichen Angelegenheiten zur Verfügung steht.

Es ist ein unbefriedigbares Verdienst der Koalitionsparteien, im Gegensatz zu den alten beamtengesetzlichen Bestimmungen, den Beamten zur freien Meinungsäußerung verhelfen zu haben, indem sie dieses Recht ausdrücklich für jeden Deutschen in der Reichsverfassung verankerten. Gestützt auf den Wortlaut und Geist der neuen Verfassung haben sich seit der Neuordnung — im Gegensatz zu früher — viele Beamten in den öffentlichen Kampf der Meinungen gewagt. In Wort und Schrift haben sie öffentlich ihre Meinung vertreten, auch wenn sich diese Meinung manchmal im Gegensatz zur offiziellen Meinung befand; wenn sie sich nur innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze bewagte, so blieben sie unangefochten.

Allerdings sind in der letzten Zeit von gewissen Seiten Bestrebungen im Gange, die den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung einschränken wollen. Sie sprechen es ganz deutlich aus, daß den Beamten durch das alte Reichsbeamtengeleitz Grenzen gezogen sind, obwohl sie wissen, daß dieses Reichsbeamtengeleitz noch nicht der Verfassung angepaßt ist. Die Bestimmungen der Reichsverfassung stehen über den Bestimmungen des alten Beamtengesetzes. Hieran darf nicht gerüttelt werden, wenn man nicht die Reichsverfassung illusorisch machen und dadurch die Grundlagen der republikanischen Verfassung über den Haufen werfen will. Die berühmte

Er tat es weniger aus Eitelkeit, als aus dem Wunsche, ihr zu gefallen. Er magte nie, ihre Ideen und Ansichten einer Kritik zu unterziehen, und nahm ganz ihre Meinungen und ihren Geschmack an, so daß er eigentlich mehr ihr Geliebter war als sie seine Geliebte. Sie hatte Poesie, Wärme und Köpfe, die ihm die Seele auszufangen schienen. Wo hatte sie nur diese Verderbnis gelernt, die eigentlich nirgends greifbar und bemessbar war, weil sie so innerlich und in ihrem tiefsten Wesen verborgen lag.

Bei den wiederholten Reisen, die Leon machte, um Emma zu besuchen, hatte er öfters bei dem Apotheker gespeist und ihn aus Höflichkeit aufgefordert, ihm auch einmal in Rouen die Ehre zu geben.

„Gern“, hatte Homais geantwortet, „es ist sonderbar die höchste Zeit, daß ich mich einmal ein wenig auffrische, damit ich hier nicht ganz verbaure. Wir wollen zusammen ins Theater gehen, ins Restaurant, wollen Dummbelien machen...“ „Ach, lieber Junge“, murmelte Madame Homais zärtlich, ganz erschreckt von den Gefahren, in die sich ihre Gatte stürzen wollte.

„Was?“ rief Homais, „du findest wohl, ich ruinire meine Gesundheit noch nicht genug, hier in den fortwährenden Ausdünstungen der Apotheke! Aber so sind die Frauen. Erst sind sie auf die Wissenschaft eifersüchtig, dann gönnen sie einem die erlaubtesten Zerlegungen nicht einmal. Aber ich werde mir nichts draus machen; dieser Tage überfalle ich Sie einmal, und wir wollen schon Leben in die Bude bringen.“

Früher hätte der Apotheker sich wohl gebüht, solche Ausdrücke zu gebrauchen; seit einiger Zeit aber stillierte er sich auf den leidlichen Karrier, was er außerordentlich geschmackvoll fand. Und wie Madame Bovary, seine Nachbarin, fragte er den jungen Pariser Französisch, so gut er es vermochte, wobei er sich dann unwiderruflich vorkam.

Zu ihrem Erstaunen traf ihn Emma denn auch eines Morgens in der Küche des „Goldenen Löwen“. Er war natürlich im Reiseanzug, das heißt, er trug einen alten Mantel, den man an ihm noch nicht kannte, und in einer Hand ein Reisetäschchen, in der anderen seinen Fußsack. Er hatte niemandem seinen Plan mitgeteilt, um das Publikum durch sein Fernsein nicht zu beunruhigen.

(Fortsetzung folgt.)

## Madame Bovary

80 Roman von Gustave Flaubert.

(Fortsetzung.)

„Ich verstehe das sehr wohl“, sagte der Notar. Ein Mann der Wissenschaft kann sich nicht mit all den Kleinigkeiten des praktischen Lebens herumschlagen.“

Karl fühlte sich durch diese Schmeichelei nicht nur angenehm berührt, es erleichterte ihm geradezu, daß man seine Schwäche nicht zu bemerken schien und ihm dafür allzu große Ueberbürdung mit Berufsgeheimnissen unterschob.

Welche Ausgelassenheit dann am folgenden Donnerstag im Hotel beim Wiedersehen mit Leon! Emma lachte, weinte, sang, tanzte, ließ Sorbet kommen, wollte Zigaretten rauchen, erschien ihm exzessiv, doch über alles wundenstwert, ja gebietend.

Er wußte nicht, unter dem Einflusse welcher Reaktion sich ihr ganzes Wesen jetzt inkränlich dem Genus entgegenstürzte. Sie wurde immer reizbarer, anpruchsvoller, wollüstiger. Sie spazierte an seinem Arme hochgehobenen Hauptes durch die Straßen, ohne, wie sie sagte, im mindesten zu fürchten, sich zu kompromittieren. Nur manchmal erbeute sie bei dem Gedanken, einmal von Rudolf gesehen zu werden, denn obwohl sie für immer getrennt waren, kam es ihr doch vor, als hänge sie noch immer in irgendeiner Weise von ihm ab.

Eines Abends fuhr sie gar nicht nach Honville zurück, Karl vor Angst, und die kleine Berta, die nicht ohne ihre Mama schlafengehen wollte, schrie, als wolle sie sich die Kehle zerstrengen.

Justin ließ Emma aufs Geratewohl auf der Landstraße entgegen, selbst Homais vertiefte aufgetret die Apotheke.

Um elf Uhr hielt Karl es nicht mehr aus; er spannte seinen Wagen an, peitschte das Pferd und langte etwa um zwei Uhr vor dem roten Kreuz an. Emma war nicht da. Er hoffte, Leon habe sie vielleicht gesehen. Doch wo wohnte er? Glücklicherweise fiel Karl die Adresse von Leons Chef ein. Er stürzte dahin.

Es begann zu dämmern. Schon erkannte er ein Schild über einer Tür. Jemand gab ihm, ohne erst zu öffnen, die erbetene Auskunft und schimpfte dabei weiblich über die Leute, die anderen nicht einmal ihre Nachstraße lassen.

Das Haus, in dem Leon wohnte hatte weder Klingel noch Klopfer noch Hauswart. Karl schlug mit der geballten Faust

gegen die Türen. Ein Polizist kam herbei; Karl erschraf und ging davon.

„Ich bin toll“, sagte er. Man hat sie sicher bei Madame Lormeau zum Abendessen zurückgehalten.“

Die Familie Lormeau wohnte gar nicht mehr in Rouen. Sie ist gewiß bei Madame Dubreuil... aber nein, die ist ja vor einem halben Jahre gestorben. Wo mag sie sein?

Plötzlich kam ihm die Idee. Er ließ sich in einem Café das Adreßbuch geben und suchte den Namen der Malerlehrerin Lormeau. Sie wohnte in der Rue de la Menelle des Maroquiniers Nr. 74. Er eilte dahin. Als er in die Straße einbog, kam ihm Emma entgegen. Er fiel mehr über sie, als daß er sie umarmte, und rief: „Wo bist du gewesen?“

„Ich bin gestern plötzlich krank geworden...“

„Wie? Was hat dir gefehlt? Wo warst du?“

Sie fuhr mit der Hand über ihre Stirn und antwortete: „Bei Madame Lormeau.“

„Das dachte ich mir. Ich wollte gerade zu ihr.“

„Ach“, sagte Emma, „sie ist eben ausgegangen. Aber be-  
urtheile dich in Zukunft nicht wieder so. Ich fühle mich so schrecklich gebunden, weißt du, wenn ich mir sagen muß, daß dich jede kleine Verpöschung so aufregt.“

Mit diesen Worten wollte sie sich eigentlich so eine Art Erlaubnis geben, sich in Zukunft noch unangenehme leichte Fahrten zu gestatten. Und sie machte von dieser Erlaubnis weitgehendsten Gebrauch.

Wenn sie plötzlich Schnupfen hatte, Leon zu sehen, reiste sie unter irgendeinem Vorwande nach Rouen und suchte ihn in seinem Bureau auf.

Die ersten Male war das nun immer eine große Freude; bald aber verbergte er ihr nicht, daß sein Chef über diese Störungen sehr ungehalten war.

„Ach was, komm!“ sagte sie.

Und er machte sich mit ihr davon.

Sie wollte, daß er sich schwarz kleide und sich einen Knebelbart ziehen lasse, um den Porträts Ludwigs XIII zu ähneln. Sie wollte durchaus seine Wohnung kennen lernen und fand sie dürrig er erbotete, sie bemerkte es nicht und rief ihn, sich ähnliche Vorbänge anzuschaffen wie sie. Als er der Rollen halber Einwendungen machte, sagte sie lachend: „Du hängst zu sehr an deinen Groschen, mein Lieber.“

Leon mußte ihr jedesmal ganz genau erzählen, was er seit dem letzten Rendezvous getan hatte. Auch sollte er ihr Verse machen, ein Gedicht auf sie. Er konnte aber schon bei der zweiten Strophe keinen Reim mehr finden und schrieb zum Schluß ein Sonett aus einem alten Kalender ab.

Ausrede, wie ich es auffasse, dort hier nicht wieder dazu führen, klare Bestimmungen der Reichsverfassung einfach zu negieren. Entweder man stellt sich auf den Boden der Reichsverfassung und bekämpft sie als Republikaner, oder man stellt sich in Gegensatz zur neuen Reichsverfassung und damit in den Gegensatz zur republikanischen Staatsauffassung. Heute ist mehr denn je, klare Stellung zum republikanischen Wiederaufbauprogramm vonnöten. Wie ein Mann müßte alle Kräfte, die die Grundmauern des neuen Gebäudes, das uns in der Reichsverfassung gegeben ist, errichtet haben, sich Bestrebungen widersetzen, die an diesen Grundmauern rütteln wollen.

### Der Kommunistenpöbel

Berlin, 5. April. Bei der Aktion in Mitteldeutschland sind nach den bisherigen Feststellungen 3642 Personen festgenommen worden. Der Hauptteil der Verhafteten befindet sich in Leuna.

Berlin, 6. April. Eisenbahnverkehrsberere. Aufgehoben ist die Annahmepflicht für Güter nach Stationen der Strecke Ammerberg, Merseburg nach den an die Bahnhöfe Apollensdorf, Müthenberg und Naenderberg angegliederten Werken, sowie nach der Station Giesleben außer für Sendungen an Mansfeld, der Kupferhüttenbauende Gewerkschaften.

Berlin, 6. April. Vor dem Magdeburger Schwurgericht begannen heute die Verhandlungen gegen den Kommunisten Bader und W. Genossen, die angeklagt sind, zur gewaltsamen Durchführung linksradikaler Bestrebungen, die Auffstellung einer roten Armee betrieuen zu haben. Für die Verhandlungen sind drei Tage in Aussicht genommen.

Berlin, 6. April. Aus den von der Breslauer Polizei beschlagnahmten Dokumenten der kommunistischen Partei geht hervor, daß eine kommunistische Kampforanisation besteht. Unter den Dokumenten befindet sich auch ein großer internationaler Plan, der das Eisenbahn- und Verkehrswesen, sowie die Einrichtung einer Stokettlinie durch ganz Deutschland vorstellt. Durch die Dokumente konnten die meisten der hiesigen Führer und Vertrauensmänner der kommunistischen Partei ermittelt werden, von denen bereits 56 verhaftet worden sind. Man nimmt an, daß auch hinter dieser Organisation Böse steht.

Berlin, 5. April. Morgen tritt in Berlin das außerordentliche Gericht zusammen, das aus Anlaß der kommunistischen Antriebe für den Bezirk Berlin eingerichtet worden ist. Es werden vor ihm insgesamt etwa 500 Angeklagte sich zu verantworten haben. Die Verhandlungen werden mehrere Wochen dauern.

Magdeburg, 5. April. Die Meldestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Aus der ganzen Provinz liegen keine besonderen Nachrichten vor. Die Streifen dauern fort, und verstreute Aufstände werden immer noch festgestellt. Die Ausnahmegebiete haben ihre Tätigkeit aufgenommen, der Rücktransport der Reichswehr in ihre Garnisonen hat begonnen. Die Verluste der Schutzpolizei während der Aufstandsbewegung sind folgende: 33 Tote, 57 Verletzte und ein Vermißter.

### Badische Politik

#### Steuerverteilungsgesetz

Dem badischen Landtag ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz (Verteilungsgesetz) zugegangen. Es stellt die Finanzverhältnisse des Landes und der Gemeinden auf eine völlig neue Grundlage. Das Landessteuergesetz, ein Reichsgesetz, mit dessen Ausführungen sich der Entwurf des Ausführungsgesetzes befaßt, regelt aufbauend auf den Grundgesetzen der Reichsverfassung die Stellung der Länder und Gemeinden auf dem Gebiet der Finanzverwaltung gegenüber dem Reich, dessen Staatsgebiet Land und Gemeinden in weitestem Umfang umfassen. Der vorgelegte Entwurf hält sich eng an das Reichsgesetz.

Das Schwerpunktgewicht des Entwurfs liegt in der Verteilung der Steuerquellen, wie sie für Land und Gemeinden nach dem Abschluß der Reichsteuergesetzgebung verblieben sind. Die eine große Einnahmequelle, die für Land und Gemeinden offen steht, ist der Anteil an der Einkommensteuer und an der Körperschaftsteuer des Reiches. Land und Gemeinden erhalten hier in einem Betrage zwei Drittel des Aufkommens dieser Reichsteuern. Wie sich Land und Gemeinden bei der Aufteilung ihres gemeinschaftlichen Anteils auseinandersetzen, das hat das Landessteuergesetz den Ausführungsgesetzen der einzelnen Länder überlassen. Den Leitweg in der Verteilungsfrage weist schon das Landessteuergesetz selbst. Der Entwurf sieht vor, daß der Gesamtanteil an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer des Reiches zwischen Land und Gemeinden nach dem Verhältnis der Steuererinnahmen verteilt werden soll, die jeder Teil im Steuerjahr 1919 erzielt hat. Dabei gelten als durch die Reichsteuern erzielt:

- a) beim Land die Einkommensteuer und die gesamte Vermögenssteuer mit Einschluß der Zuschläge zu beiden Steuern,
- b) bei den Gemeinden die Gemeindefumlagen aus Einkommen- und Kapitalvermögen, nicht aber die ertragssteuerartigen Umlagen vom Grundvermögen und gewerblichen Betriebsvermögen.

Die Verteilung soll nun aber nicht in der Weise erfolgen, daß für das Land einerseits und die Gemeinden andererseits ein einheitlicher, gleichmäßiger Verteilungsschlüssel gefunden werden soll. Es ist vielmehr vorgesehen, daß in jeder einzelnen Gemeinde das bisherige Steueraufkommen des Landes einerseits und der Gemeinde andererseits ermittelt und dann nach diesem individuellen örtlichen Verteilungsschlüssel geteilt wird. Wird in einer einzelnen Gemeinde der gewöhnlichste Mindestbetrag (Aufkommen des Jahres 1919) zusätzlich 2 v. H. Zuschlag) überschritten, so wird das Mehraufkommen zunächst solange geteilt, bis das Land und die Gesamtheit der Gemeinden für ihre Gewährleistungspflichten voll befriedigt sind. Der Rest wird nach dem örtlichen Verteilungsschlüssel verteilt; das Land gibt aber 30 v. H. seines Anteils am restlichen Mehraufkommen in einen zugunsten besonders bedürftiger Gemeinden vorgesehenen Lastenausgleichsfond, dem das Land weiter einen festen Jahresbeitrag von 2 Millionen Mark zuführt. Auch für solche Gemeinden, die im Steuerjahr 1919 keine Umlagen erhoben haben, ist eine Beteiligung am örtlichen Mehraufkommen vorgesehen.

Die zweite große Einnahmequelle, die für Land und Gemeinden verblieben ist, sind die Ertragssteuern vom Grundvermögen und vom gewerblichen Betriebsvermögen. Diese Ertragssteuern sollen für Baden in einem besonderen Landessteuergesetz neu geregelt werden. Die Frage aber, in welchem Maßstab sich Land und Gemeinden in die Steuerquelle der Ertragssteuern teilen, ist im „Verteilungsgesetz“ zu regeln. Der Entwurf weist die Steuerquelle der Ertragssteuern vorwiegend den Gemeinden zu. Sie finden darin Grund für ihre bisherigen Einnahmen aus Umlagen vom Grundvermögen und Liegenschaftsvermögen. Die Gemeinden erhalten weiter das Recht, besondere Betriebssteuern auszusprechen. Wenn der Entwurf vorschlägt, daß auch das Land in bestimmtem Umfang künftig Ertragssteuern erhebt, so ist das nur auf die besonderen Verhältnisse zurückzuführen, wie sie in Baden hinsichtlich des Anteils an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer des Reiches bestehen. Baden hat die Steuern vom Besitz und Ein-

kommen im Steuerjahr 1919 schon außerordentlich angepaßt. Die an sich sehr hohen Sätze der Reichseinkommensteuer bedeuten für Baden gegenüber den bisherigen Landessteuern keine Erhöhung. Trotz der mit der Geldentwertung einsetzenden Steigerung der Einkommen ist deshalb in Baden leider kaum damit zu rechnen, daß der Gesamtanteil des Landes und der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer den Gewährleistungsanspruch übersteigt. Das Land kann also zunächst bei seinem Anteil an der Reichseinkommensteuer nur mit einem festen, starken Beitrag rechnen. Es ist deshalb ein Gebot der Notwendigkeit, daß sich das Land auch an der Steuerquelle der Ertragssteuern beteiligt.

Die Kreise, die bisher ihren Bedarf auf die Gemeinden umgelegt haben, dürfen auch künftig von den einzelnen Gemeinden Umlagen in Höhe der für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 auf die gemeindesteuerpflichtigen Einkommen und Kapitalvermögen ausgeschlagenen Umlagen zugunlich einer Steigerung von 25 v. H. erheben. Daneben erhalten sie künftig das Recht, selbständige Ertragssteuern vom Grundvermögen und gewerblichen Betriebsvermögen auszusprechen.

Eine weitere Frage, die im Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz zu regeln ist, ist der Lastenausgleich, insbesondere auf dem Gebiet der persönlichen Schulklassen. Nach dem Entwurf sollen abweichend von der bisherigen Regelung von dem persönlichen Schulaufwand der Realanstalt, der höheren Mädchenschulen, der Gewerkschulen und der Handelsschulen Land und Gemeinde je die Hälfte tragen. Bei den Volksschulen in den Städten der Städteordnung soll es bei der bisherigen Regelung bleiben. Bei den andern Volksschulen soll künftig das Land drei Viertel, die Gemeinde ein Viertel des persönlichen Schulaufwandes tragen. Zum Ausgleich für die den Gemeinden durch diese Verteilung erwachende Mehrbelastung wird der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer des Reiches erhöht; es wird dabei der Gewährleistungsanspruch der beteiligten Gemeinden um den Betrag gesteigert, um den im Steuerjahr 1919 die persönlichen Schulklassen der Gemeinde die in diesem Jahr tatsächlich erwachenden persönlichen Schulklassen übersteigen hätten, wenn der künftige Verteilungsgrundstab schon im Steuerjahr 1919 gegolten hätte.

#### „Süddeutsche Zeitung“ und „Sonnentäuser“

Mit einem „Puff“ beehrt uns die „Süddeutsche Zeitung“, weil wir kürzlich von E. W. weiland Wilhelm II. die Geschichte erzählt hatten, die sich auf einer seiner Nordlandfahrten ereignet hat, wo der Oberleutnant zur See v. Hahnke eine Todesfahrt auf dem Fahrstuhl unternahm, weil er seiner geliebten Majestäts in höchstem Anlaß mit der Faust gefahren war, als Antwort auf eine freche Anrede von Wilhelm II. Die „Süddeutsche Zeitung“ erhebt nun, am 1. April 1921, den Vorwurf jenes Vorkommnisses. Oberleutnant v. Hahnke ist verunglückt. Dieser „Tatbestand“ war aber schon 1897 bekannt geworden, und damals mußte es jeder brave Unterthan glauben. Die „Süddeutsche Zeitung“, die ausnahmsweise mal die Naive und Harmlose nennt, glaubt es heute noch — sie tut wenigstens so. Um ihre Naivität und Harmlosigkeit auf eine weitere Probe zu stellen, wollen wir ihr eine uns dieser Tage aus Karlsruhe zugegangene Mitteilung unterbreiten, in der die Richtigkeit jener Geschichte bestätigt wird. Die Aufschrift lautet:

Verschiedene rechts gerichtete Blätter beweisen im Anschluß an Mitteilungen des Herrn Vizemirral J. D. Ritter v. Mann die Schilderung des „Volkstums“ von seinerzeitigen tragischen Tod des Oberleutnants J. S. von Hahnke, der zum Selbstmord verurteilt wurde, weil er dem Kaiser ins Gesicht geschlagen habe. Leider muß ich demgegenüber feststellen, daß die Schilderung des „Volkstums“ nur zu richtig ist, wenn auch die Ursache des Zusammenstoßes des jungen Herrn v. Hahnke mit dem Kaiser eine andere war, als in der Schilderung angenommen. Der Kaiser hatte nämlich gegenüber der Schwester des Oberleutnants v. Hahnke sich in jener Weise verhalten, die leider seit alters her vom Adel als eine Auszeichnung durch die Dynastie betrachtet wird, während sonst derlei Gepflogenheiten anders beurteilt werden. Der junge Herr v. Hahnke war nun ein aufrechter Mensch um Verstandes für die Sitten mittelalterlichen Gottesgnadentums zu haben. Er überlegte den Kaiser, moßte dann, wie im „Volkstums“ geschildert, seine Verurteilung zum Selbstmord samt Ausführung folgte.

Wir bemerken, daß diese Aufschrift uns von einer nicht so zitatistischen Seite zugeht, die aber über jene Vorgänge absolut einmündig unterrichtet ist. — Es ist also wieder mal nichts mit der Stuttgarter süddeutschen Entrüstung!

Das Brennen der Kopalsteinen. Landtagsabg. Seubert hat auf seine im Landtag vorgebrachte Anfrage folgende Antwort vom Ministerium des Innern erhalten: „Wir teilen Ihnen mit, daß wir nach wiederholter Prüfung der Verhältnisse bereit sind, die vollständige Aufhebung des Brennverbots für Topinambur nicht befürworten können. Wenngleich wir das Verbot des Neuanbaues von Topinambur auch für das neue Wirtschaftsjahr erlassen haben so glauben wir trotzdem, daß die Aufhebung des Brennverbots im jetzigen Zeitpunkt einen starken Anreiz zum Neuanbau von Topinambur geben würde. Wir behalten uns jedoch vor, in einem späteren Zeitpunkt auf die Angelegenheit zurückzukommen.“

Ein Protest von Handel und Industrie. Der Bad. Industrie- und Handelsrat, der am 2. April in der Karlsruher Handelskammer zusammentrat, wendet sich in einer Entschließung gegen den Entwurf eines Gesetzes über die Steuern von Grundvermögen und vom gewerblichen Betriebsvermögen (Ertragssteuergesetz). Er erhebt auf das nachdrücklichste Protest gegen die beabsichtigte Ausgestaltung und die Höhe der Ertragssteuer (Gewerbesteuer) und wendet sich energisch gegen den Vorschlag, daß den Gemeinden, wenn auch unter Vorbehalt der Zustimmung der Ministerien das Recht zu einer weiteren Heraushebung des bereits so hochgemeindlichen Satzes u. außerdem zur Erhebung von Betriebssteuern eingeräumt werden soll. Der Handelsamtsrat bedauert, daß bei einer Frage von so einschneidender Bedeutung für Handel und Industrie den beteiligten Kreisen keine Gelegenheit geboten worden war, ihre Ansichten und Bedenken zur Kenntnis des Ministeriums zu bringen und verlangt, daß jedenfalls vor der Einbringung des Gesetzesentwurfes und der Vorlage an den Reichsausschuß, genügend Zeit zur eingehenden Durchberatung und Begründung gegeben werden soll.

Aus der Beamtenliste. Der Staatsanzeiger meldet, daß Staatsanwalt Adolf v. Soffer in Offenburg in gleicher Eigenschaft nach Freiburg versetzt worden ist. — Amtmann Ludwig Wenzel in Konstanz ist zum Oberamtmann in Leubach bei Weiskirchen ernannt worden. — Oberamtmann Christ. Specht beim Bezirksamt Heidelberg wurde als Regierungsrat zum Kreisamtsminister ernannt. — Rektor Karl Mert an der Volksschule in Badstätt wurde unter Zurücklassung seiner Ernennung zum Schulinspektor am Kreisamtsamt in Lahr zum Schulinspektor am Kreisamtsamt Offenburg ernannt. — Hilfsstaatsanwalt Dr. Kurt Josef in Freiburg wurde zum Amtsrichter in Durach ernannt. — Versetzt wurden Hilfsstaatsanwalt Dr. Hermann Fribolin bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zur Staatsanwaltschaft Karlsruhe und Hilfsstaatsanwalt Kurt Kühn bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zu jener in Mannheim.

### Kleine Nachrichten

Essen (Ruhr). Auf sämtlichen Schachtanlagen des Ruhrgebietes und auf den Becken Westfalens sind die Belegschaften zur heutigen Frühfrucht vollständig eingefahren. Die Auslandsbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kann damit als beendet angesehen werden. Die Schachtanlagen des Ruhrgebietes sind von belgischen Besatzungstruppen besetzt worden.

Paris. Nach der „Chicago Tribune“ empfängt Amerika als Gläubiger Europas jede Woche eine Goldsendung aus Europa. Seit dem 1. Januar hat es ungefähr 2 Milliarden Franken erhalten.

Paris. Nach einer Sabasmeldung aus Washington wird nach bestätigt, daß Präsident Harding die Einbringung der Entschädigungsgesetze bewilligt habe. Sie wird im Laufe der kommenden Woche sofort nach Eröffnung des Kongresses eingebracht werden.

London. Ein Parlamentsberichterstatter der „Times“ bestätigt, daß die Ansicht immer mehr Platz greife, daß im Falle des Streiks des Arbeiterbundes Lloyd George mit Neuwahlen antworten werde.

Paris. Nach einem Telegramm des „Exchange Telegraph“ werden die amerikanischen Besatzungstruppen nicht vor dem 1. Juli vom Rhein zurückgezogen.

Paris. Am Montag ging in der Gegend von Benthiere (Algier) ein Gewitter mit Hagelschlag von ungeheurer Heftigkeit nieder. 300 Hektar Weinberge und mehrere Hundert Hektar Tabak- und Obstgärten sind verwüstet worden.

London. „Evening Standard“ zufolge sind die Vertreter der deutschen Regierung in London eingetroffen, um verchiedene mit der Auslieferung der deutschen Handelsflotte verbundene Fragen zu erörtern.

Mantua. Durch ein Großfeuer sind 15 000 Einwohner der Stadt ihres Heimes beraubt worden. In dem Eingeborenenviertel wurden 3000 Häuser zerstört. Das Feuer ist das größte der letzten 20 Jahre.

### Gemeindepolitik

Emmeningen, 4. April. Die hiesige Baugenossenschaft hatte sich an den Gemeinderat mit dem Ersuchen gewandt, ihr ein unverzinsliches Darlehen von einer Million Mark zu bewilligen zur Verfügung zu stellen. Diesem Ersuchen glaubte der Gemeinderat mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage nicht nachkommen zu können, da aber andererseits die Notwendigkeit zur Abänderung der Wohnungsnot wünschenswert ist, bewilligte der Gemeinderat mit Zustimmung des Bürgerausschusses 250 000 M. als Darlehen gegen eine dreiprozentige Verzinsung, wozu in erster Linie die zu erwartende Mietsteuer herangezogen werden soll.

### Jugend und Sport

#### Arbeiter-Turn- und Sportbund

10. Kreis, 3. Bezirk

Sonntag, den 10. April, morgens 9 Uhr, findet in Karlsruhe in der „Cambrinus-Halle“ eine Konferenz sämtlicher Spielleiter und Spielführer der A- und B-Klasse statt zwecks Aufstellung zweier lomb. Mannschaften der B-Klasse zu dem Spiel, das am 17. April in Hagsfeld stattfindet. Dieses soll gleich als Auswahlspiel für den Reichsarbeiterporttag gelten. Weiterhin wird die Zusammenstellung zweier lomb. Mannschaften der A-Klasse und einer Städtegemeinschaft zu einem Städtepiel Karlsruhe — Stuttgart vorgenommen. Es werden auch die Mandatskarten für den Kreisfußballtag, der am 21. April in Bruchsal stattfindet, ausgegeben. Es haben alle Vereine zu erscheinen, auch diejenigen, die an den Serienspielen nicht teilgenommen haben. Fehlende finden keine Berücksichtigung.

### Aus der Partei

#### Ergebnis der Werbeaktion Januar/Februar 1921

Für die Zeit vom 15. Januar bis 15. Februar 1921 verpflichtet der Bezirksvorstand die Kreisleitungen, in allen Parteivereinigen ihres Wirkungsbereiches eine „rote Woche“ zur Werbung von Mitgliedern für die Partei und Abonnenten für die Parteipresse zu veranstalten. Zur Unterstützung der Werbearbeit fanden in der Zeit vom 15. Januar bis 6. März vom Bodensee bis Weiskirchen 345 Volksversammlungen statt, die sich mit der gegebenen politischen Situation befaßten. Von den Versammlungen waren 80 Prozent sehr gut, 10 Proz. mäßig, 5 Prozent schlecht besucht und 5 Proz. konnten wegen unzureichender Veranstaltungen oder Abreise der Lokale nicht abgehalten werden. Die Versammlungen wiesen, das das Interesse für die Sozialdemokratie nach ist und ihre Arbeit in der Reichsregierung heute doch eine andere Beurteilung erfährt, als es von den Deutschnationalen und Deutschnationalen besonders der ländlichen Bevölkerung vorgelesen wurde. Größtem Interesse begegneten die Ausführungen der Referenten über die Frage der Politik der Kriegsverlängerer. Die Beantwortung der Frage: welche Erbschaft hinterließ die Monarchie im November 1918 der Republik und ferner die Zurückführung des Dolchstoßvertrages. Mit der Beantwortung der vorgenannten Fragen wurde die verlogene Agitation der Deutschnationalen und Deutschnationalen, daß die Revolution und mit ihr die Sozialdemokratie das heutige Elend verschuldet habe, gellenzweidnet. Bemerkenswert war zu erfahren, daß im geheimen sich dieser unwarigen Agitation auch Zentrumsgagitatoren anschließen. Eine solche unfaire Kampfesweise unserer Gegner fordert zur erhöhten Agitationsfähigkeit für unsere Partei heraus. Daß noch sehr vieles zu erledigen ist, beweist der Erfolg während der Werbeaktion.

Etwas die einzelnen Parteivereine berichtet — das sind ungefähr drei Fünftel aller vorhandenen — haben diese während der „roten Woche“ 243 Parteimitglieder und 1679 Abonnenten für die Parteipresse gewonnen. Dieser Erfolg muß ein Ansporn sein zur weiteren intensiven Werbearbeit, denn nur eine starke sozialdemokratische Bewegung ermöglicht den Sieg des Sozialismus. Darum Parteigenossen, an die Arbeit, für die im Herbst dieses Jahres vorzunehmenden Landtagswahlen, damit den verlogenen Agitatoren der Rechtsparteien (D.N. und D.V.) und einem Teile des Zentrums die gebührende Antwort gegeben werden kann.

Bulach, 5. April. Kommenden Samstag, 9. d. Mts. finden im Saal zur Traube zwei Lichtbildvorträge statt. Besonders dem ausführenden Vortrag über Himmelskunde dürfte von Seiten der Erwachsenen großes Interesse entgegengebracht werden. Auch der Einwohnervortrag von Weiskirchen ist Gelegenheit geboten, diesem Vortrag beizuwohnen. Beginn des Kinderabends nachmittags 4 Uhr. Für Erwachsene abends 8 Uhr. Karten sind am Eingang erhältlich. — Gleichzeitig findet die Parteigenossen darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag vormittag 10 Uhr Generalversammlung des Erg. Bezirksvereins stattfindet.

Aus dem Land

\* Geiselberg, 4. April. Am 21. Januar hatte das Schwurgericht zu Gerdelberg den 19-jährigen Kaufmann Karl Stuhl- müller aus Mannheim wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Aus der Stadt

6. April. 1896 † Der Komponist Ferdinand Humbert in Berlin. — 1920 Besetzung Frankfurt, Darmstadt, Hanau durch die Franzosen. — 1920 Belgischer Sozialistenkongress in Brüssel.

Karlsruher Parteinachten

Die neue Witzinspektion nach dem Mehrheitsbeschluss des Stadtrats. Meber dieses Thema spricht heute abend 8 1/2 Uhr in einer Vortragensmänner-Versammlung im „Auerhahn“ Gen. Stadtrat Dr. Kullmann.

Ungehörliche Erhöhung der Zuckersteuer

Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuckersteuer, der bereits die Zustimmung des Reichsrats gefunden hat, sieht eine Erhöhung der Steuer von bisher 14 M für den Doppelzentner auf künftig 100 M vor.

Nachdem die direkten Steuern durch die jüngste Gesetzgebung bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgebaut worden sind, ist es unvermeidlich geworden, auch indirekte Steuern in erhöhtem Maße zur Deckung des unabweislichen Geldbedarfs des Reiches heranzuziehen.

Wie harmlos das Ding! Die direkte Steuerherrschaft ist bereits so kräftig angezogen, daß sich ein weiteres Anziehen nicht mehr empfiehlt; jetzt muß auch die indirekte herangezogen werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

So schön die „Carmen“-Vorstellung am letzten Sonntag in der Gesamtheit des musikalischen Bildes war, so wenig schön war sie in manchen Einzelzügen. Die Carmen sang eine als ehemaliges Mitglied unserer Oper noch in frischer Erinnerung stehende Dame, deren Leistung an diesem Abend kaum noch etwas von der einstigen Künstlerkraft an sich trug.

zeugnis in die Hand des Verbrauchers gelangt, versteuert werden muß, verteuert dieses vorzügliche Nahrungsmittel, so daß künftig eine Verteuerung des Zuckers von weit über 50 % das Pfund eintreten wird.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan... Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die bereits in einem früheren Artikel im „Volksfreund“ dargelegt wurde, will die Firma Spiegel u. Wels ihr Geschäft auflösen.

Man sollte nun annehmen, daß angesichts der schönen, wenn auch teilweise in ihrem Ursprung nicht ganz erdichteten Gewinne, welche die Firma Spiegel u. Wels in den letzten Jahren machen konnte, und des friedlichen Geistes, den sie in ihren Jahren

Diejenigen, die die Firma Spiegel u. Wels als Arbeitgeber schon länger kennen, haben sich hierüber ja nicht gewundert, denn Herr Wels hat es ja von jeher verstanden, seine Angestellten und Arbeiter nicht zu behandeln, wie es angebracht gewesen wäre.

Der Kaufmann Julius Bär aus Untergrombach kaufte in den Bezirken Bruchsal und Karlsruhe-Land ohne Handelslaub- niss Vieh auf und nahm bei dem Verkauf übermäßigen Ge- winn.

Der Müller Franz Josef Jungmans aus Odenheim ist Kriegsbeschädigter und behauptet, als solcher keine körperliche Arbeit ausführen zu können. Er kam deshalb auf den Gedanken, Handelsgeschäfte zu betreiben und reichte bei dem Bezirks- amte in Bruchsal das Gesuch ein.

Der Kaufmann Julius Bär aus Untergrombach kaufte in den Bezirken Bruchsal und Karlsruhe-Land ohne Handelslaub- niss Vieh auf und nahm bei dem Verkauf übermäßigen Ge- winn. Das Gericht beurteilte ihn wegen unerlaubten Han- dels und wegen Preisstreiterei auf 3000 M Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis.

Badischer Kunstverein

In den Räumen des Kunstvereins feiert der Künstler- bund Karlsruhe sein 25-jähriges Bestehen mit einer auf sehr beachtenswerter Höhe stehenden Ausstellung, in welcher auch einige der Gründer des Bundes (1896) wie Graf Kal- reuth, Kallmorgen, v. Volkmann vertreten sind.

Schulentlassungsfeier des Vereins Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Ein bedauerlicher Fehler hat sich in uniere ge- strigte Notiz über die nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr im Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße, statt- findende Schulentlassungsfeier der Arbeiter-Jugend einge- schlüchelt.

Eine ringförmige Sonnenfinsternis tritt ein in den vor- mittagsstunden des 5. April, beginnend um 7 Uhr 52 Min. vormittags an der Westküste Nordafrikas in der Nähe des Kap Mexi und endend um 12 Uhr 38 Min. nachm. in Transbaikalien nahe dem Südpole des Baikalsees.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Albert Braun von Neulirch, Metzger hier, mit Elisabeth Dörjan geb. Baumert von hier. Franz Weis- mann von Dumbach, Köhler hier, mit Rosa Kifferte von Freudenstein. Bernhard Müller von hier, Fabrik hier, mit Luise Schwent von Oberhausen.

Todesfälle. Gertrud, alt 4 Jahre, Vater Johann Baldeker, Postbetriebsassistent, Maria Baldeker, alt 29 Jahre, Ehefrau von Johann Baldeker, Postbetriebsassistent.

Galerie Moos

Die Aprilausstellung der Galerie Moos steht im Zeichen der Graphik. Thomaz zeigt altbekannte von tiefer Poesie durch- vollte Plätter. Eine eigenartige Erscheinung ist die „Thomas- Dorr-Wapp“; sechs Zeichnungen Thomas von dem Rabier- herbrand Dörr auf die Platte gebracht.

Vertical text on the right edge of the page, likely a continuation from another page or a list of items.

**Einnahmen aus dem Betrieb der städt. Bahnen.** Die städt. Straßenbahn hat nach den endgültigen Feststellungen im Oktober 1920: 1.869.647 M., im November 1920: 1.487.080 M., im Dezember 1920: 1.453.530 M., im Januar 1921: 1.568.524 M., im Februar 1921 (vorl. Ergebnis): 1.874.292 M.; bei den Karlsruher Lokalbahnen gingen nach den endgültigen Feststellungen ein: im Oktober 1920: 192.892 M., im November 1920: 184.484 M., im Dezember 1920: 193.839 M., im Januar 1921: 203.208 M., im Februar 1921 (vorl. Ergebnis): 172.236 M.

**K. Der Verein der Kleingartenpächter der Weststadt.** E. S. hielt am Sonntagabend seine erste Generalversammlung ab. Ein von dem bisherigen Vorstand vorgelegter Entwurf nach welchem jeder Kleingartenpächter des betr. Geländes Mitglied sein muß, wurde einstimmig angenommen. Dem Verein haben sich als Gruppen angeschlossen: Handball-Club, Tennis-Club, Fußball-Club, Schwimmklub. Der Zweck ist, die Interessen der Kleingartenpächter gegenüber den Behörden zu vertreten und sonstige Fragen zu regeln. Der Verein als solcher hat neben den vorgenannten Ziele einen reinen gemeinnützigen Charakter als wie Anpflanzung von Gelände seitens der Stadt, Beschaffung von Wasserleitung usw. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt unter Ergänzung von Beisitzern der einzelnen Gruppen. Die Eintragung ins Vereinsregister wurde ebenfalls gutgeheißen und somit ein guter Fortschritt auf diesem Gebiete geleistet.

**Valuta-Bericht vom 6. April**

Markkurs in der Schweiz ca. 9,37%. Auszahlung Holland notierte 21,25 M. per fl. Auszahlung Schweden notierte 10,65 M. per schw. Kr. Auszahlung England notierte 240 1/2 M. per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4,30 1/2 M. per fr. Fr. Auszahlung Neuholland notierte 61,70 M. per Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 6. April 1921**

Das Hochdruckgebiet bleibt über dem Ozean liegen, so daß Deutschland im Bereiche nördlicher Luftströmungen kühles, meist trübes Wetter mit vereinzelt leichten Regenfällen hat. Das Hochdruckgebiet sich nicht über das Festland verlagern wird, dauert das kühle trübe Wetter vorläufig an. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, 7. April: Meist trübe, kühl, meist geringe Regenfälle, westliche bis nördliche Winde.

**Wasserstand des Rheins**

Schifferinsel 55, gest. 30 Zim. Neßl 129, gest. 9 Zim. Marzau 270, gest. 9 Zim. Mannheim 141, gest. 2 Zim.

**Der Brand in Sunthausen**

Donauerschingen, 5. April. Nach den neuesten Meldungen aus Sunthausen hat die Feuerkatastrophe die Hälfte des ganzen Dorfes zerstört. 28 bis 30 Häuser sind niedergebrannt, darunter das Rathaus, die Schule und das Pfarrhaus. Auch der Turm der Kirche ist angebrannt, der Rest der Kirche konnte aber unversehrt erhalten werden. Das Feuer wurde durch ein spielendes Kind verursacht und dann durch den Wind rasch verbreitet. Das Großvieh konnte im Allgemeinen gerettet werden, dagegen verbrannte viel Kleinvieh. Ebenso sind zahlreiche Fahrnisse mitverbrannt. Das Feuer brach in dem Anwesen des Johann Schlenker, Mühlengasse, aus und sprang auf weitere drei Punkte über. Die Verhältnisse litten unter schwerem Wassermangel.

\* Sickingen, 5. April. Zu dem Großfeuer in Sunthausen wird uns noch dröhnend gemeldet, daß insgesamt 27 Häuser mit den Nebengebäuden in Schutt und Asche liegen. Zwei Häuser sind durch Wasser und Feuer stark beschädigt worden. Das Feuer wurde nicht allein durch den herrschenden Wind und durch den Wassermangel begünstigt, sondern auch dadurch, daß viele Häuser noch mit Schindeldächern bedeckt waren. Etwa 100 Personen sind durch das Feuer obdachlos geworden. Das Feuer konnte erst lokalisiert werden, als die Schwenninger Feuerwehr mit ihrer Motorspritze auf der Brandstätte eintrifft. Aus den umliegenden Gemeinden waren ebenfalls die Feuerwehren erschienen, da aber, wie schon gemeldet, Wassermangel herrschte, konnten sie nicht allzuviel ausrichten. Der Schaden an Gebäuden, Fahrnissen, Kleinvieh beträgt mehrere Millionen.

**Weitere Brände**

\* Sickingen, 5. April. Donauerschingen, 5. April. Am Sonntag nachmittags brach im Gemeindegelände Wühlholz ein Brand aus, dem große Bestände zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf 60 bis 70.000 M. geschätzt.  
\* Sickingen, 5. April. In Sickingen, 5. April. Durch Feuer ist das Haus des Straßmanns Familie in Schutt und Asche gelegt worden. Der Brand entstand durch kleine Kinder, die im Holzhaufen ein Feuer gemacht hatten.  
\* Schatthausen, 5. April. Die landwirtschaftlichen Gebäulichkeiten des Landwirts Karl Weigand sind durch Feuer zerstört worden. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden beträgt gegen 30.000 M.

**11. Kreistag des 10. Kreises vom Arbeiter-Turn- und Sportbund**

Am den Osterfeiertagen tagte in Rastatt das Kreisparlament des 10. Kreises vom Arbeiter-Turn- und Sportbund. Es wurde von Kreisvertreter Nagel-Mannheim eröffnet, worauf der Arbeitergesangsverein „Liedesfreiheit“ die Versammlung mit einem stimmungsvollen vorgelegenen Lied beehrte. Besucht war die Tagung von 122 Delegierten aus 91 Vereinen, 26 Funktionären, im ganzen 148 stimmberechtigte Mitglieder.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde zuerst eine scharfe Protestresolution an die badische Regierung wegen Verbot der Wettspiele an den Hauptfeiertagen angenommen.

Aus dem Bericht des Kreisaußenbüros war zu entnehmen, daß das vergangene Jahr nicht nur ein an Arbeit reiches, sondern auch ein solches an großen Erfolgen war. Leider läßt sich, wie Kreisvertreter Nagel betonte, über die Mitgliederbewegung nichts genaues sagen, da noch nicht alle Kreisvereine ihren Fragebogen eingereicht haben. Die Mitgliederzahl beträgt auf Grund der eingegangenen Fragebogen 28.000. Der Berichterstatter gebachte sodann noch des halbesährlichen Staatssturmjahres, der bei Lehrern wie Schülern einen zurücksetzenden Verlauf nahm, sowie des im August stattfindenden Kreisfestes in Durlach.

Kreisratler Brülle-Mannheim gab Bericht über die Kassenverhältnisse. Trotz der großen Ansprüche an die Kasse sind die Finanzverhältnisse gesunde. Die Neujahrsberichten über die Ordnung in der Kassenführung.

Der gedruckte Bericht der Kreisturnwarte wurde noch mündlich ergänzt. Kreisturnwart Heißler-Mannheim verwies besonders auf die Wichtigkeit des Kinderturnens und auf die so reichhaltige musikalische literarische Literatur des Bundes. Kreisfrauenturnwart Donath-Mannheim berichtete über das Frauen- und Kinderturnen, das eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen habe. Weiter die Fußballbewegung im Kreis konnte Kreisfußball-

spielleiter Strauß-Medau berichten, daß im Kreis 67 Fußballabteilungen und 14 Fußballvereine mit 142 Mannschaften vorhanden sind. 3000 Fußballspieler sind beim Kreis gemeldet.

In der sehr ausgiebigen Diskussion waren die Redner mit der Tätigkeit des Kreisaußenbüros zufrieden. Bemängelt wurde, daß die Vereine nicht genügend das im Interesse der Aufklärung und Bildung so notwendige Bundesorgan „Die Arbeiterturnzeitung“ abonnieren. Von dem dem Kreis angefallenen 13.000 M. aus dem staatlichen Jugendpflegefonds wurden 4000 M. für den Staatssturmursuch beantragt, der Rest soll zu dem vom Staat gedachten Zweck Verwendung finden.

Das Kreisblatt, über das Frauwein-Mannheim berichtete, hat sich gut entwickelt und soll in Zukunft monatlich zweimal erscheinen.

Abends 7 Uhr wurde die Sitzung des ersten Tages geschlossen. Am Abend fand ein gut gelungener Begrüßungsabend durch die Rastatter Turnvereine statt.

Am zweiten Tage wurden zuerst die von der Statutenkommission durchgearbeiteten Kreisstatuten mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Der Kreisbeitrag wurde auf 30 % pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Die Gruppe Weisau wurde vom 1. Bezirk getrennt und bildet nun den 5. Bezirk.

Zum Punkt „Bundestag in München“ referierte Kappisch-Regis von Bundesvorstand. In fünfviertelstündigen Ausführungen behandelte er die einzelnen Tagesordnungspunkte. An das Referat schloß sich eine Debatte an, aber eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung steht und der Kreis es als eine schwere Schädigung betrachte, wenn dem Reichsturn- und Sportbund weiter Unterstützung auch im Arbeiter-Turn- und Sportbund weiter gegeben wird. Der Bundesvorstand, dem volles Vertrauen ausgesprochen wird, wurde verurteilt, dem volles Vertrauen auszusprechen und die Beschlüsse des Bundestages, sowie des Reichsarbeiterpostkongresses zur Durchführung zu bringen.

Die Beratung der verschiedenen Anträge ging rasch vonstatten. Der Antrag des Kreisaußenbüros, dem Sitz des Kreises nach Weisau zu verlegen, fand keine Gegenliebe. Der alte Kreisaußenbüro, mit Nagel-Mannheim als Kreisvertreter, Dr. H. Mannheim als Kassier und Frauwein-Mannheim als Schriftleiter des Kreisblattes wurde wiedergewählt. Der nächste Kreisturntag findet in Speyer statt.

Dr. Nagel widmete dem eben beendeten Kreisturntag einige Abschiedsworte mit dem Wunsche, daß die Ostertagung 1921 des 10. Kreises die erwarteten Früchte bringen möge zum Wohle des 10. Kreises sowie des ganzen Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Schluß der Sitzung nachmittags 3 Uhr.

Mit der sachlichen Erledigung der Tagesordnung um dem 11. Kreistag haben die Turngenossen des 10. Kreises bewiesen, daß sie für die Berliner, wie sie in Jena zu Tage getreten ist, kein Verständnis haben und wie die Entscheidung zeigt, diese Kreise nicht anerkennen werden.

**Rekte Nachrichten**

**Bayern und das Reich**

Berlin, 5. April. Gegenüber unrichtigen Darstellungen, die in der bayerischen Presse in den letzten Tagen über den Besuch des Reichsanstalters verbreitet worden waren, wird in einer amtlichen Kundgebung festgestellt, daß die Reichsregierung in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache zur Unterbreitung und Ergänzung ihrer schriftlichen Mitteilungen in der Entwaffnungsfrage eine mündliche Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten für nötig hielt. Das Ergehen der Reichsregierung um Besprechungen ist vorher in der gehörigen Weise übermittle worden. Am Donnerstag morgen fand eine eingehende Besprechung des Reichsanstalters mit Herrn v. Raab statt, bei der Minister Heine unter Berücksichtigung aller Umstände den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage eingehend begründete. Nach Beendigung der Unterredung schickte der Reichsanstalters dem Reich nach einer Besprechung im bayerischen Ministerium vor, sowie, falls dagegen Bedenken beständen, eine zwanglose Zusammenkunft. Herr v. Raab erklärte, daß er diesen Wunsch zunächst dem bayerischen Kabinett unterbreiten müsse, jedenfalls werde er seinerseits dem bayerischen Kabinett die Darlegungen des Reichsanstalters in loyaler Weise übermitteln. Am Abend reiste der Reichsanstalters entsprechend seiner vorhergegangenen Mitteilung nach Berlin zurück.

Zwei auf gespanntem Fuße miteinander lebende Staaten können nicht kälter und formeller amtlichen Verkehr pflegen, als in diesem Falle das Reich mit der Regierung eines zum Reich gehörenden Gliedstaates. Eines Tages beliebt es vielleicht den Herren Reaktionen in München, überhaupt den Empfang von Vertretern der Reichsregierung abzulehnen.

**Reaktionäre Aufputschung in Mitteldeutschland**

Berlin, 6. April. Wie der „Berl. Volksanzeiger“ aus Halle meldet, haben landwirtschaftliche Korporationen und die Bauernschaft der Provinz Sachsen an den Oberpräsidenten Göring Telegramme gerichtet, in denen nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die Provinz Sachsen noch keineswegs frei von Banden sei. Man werde, wenn nicht sofort Reichswehr eingesetzt werde, zur Selbstschutzorganisation greifen müssen.

Diese Telegramme an Göring sind die Arbeit der Berliner reaktionären Drahtzieher.

**Kommunistisches Waffenlager entdeckt**

Berlin, 6. April. Nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ aus Königsberg entdeckte Schuppolizei in Wargrabowa ein kommunistisches Waffenlager mit Maschinengewehren und großen Vorräten an Munition. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Verhütung im bayerischen Landtag**

Berlin, 6. April. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeiger“ aus München wurde bei einer kommunistischen Beratung im Fraktionszimmer der K.P.D. im Landtag der frühere Polizeipräsident der Münchener Regierung Körbel verhaftet unter der Beschuldigung, bei dem Flugblatt mitgewirkt zu haben, das die bayerischen Arbeiter zum Generalstreik auffordert.

**Das Entmündigungsverfahren gegen einen Hohenzollern**

Berlin, 5. April. In dem nun von dem preussischen Finanzminister gegen den Prinzen Friedrich Leopold Vater angestregten Entmündigungsverfahren wegen Geisteschwäche hat der Finanzminister, nachdem sein Antrag auf Entmündigung in den beiden ersten Instanzen zurückgewiesen worden war, nunmehr die letzte Instanz angerufen und durch den Ober-

staatsanwalt in Potsdam gegen die Entscheidung des Landgerichtes weitere Beschwerde beim Kammergericht einlegen lassen. Inzwischen wurde auch das vom Finanzminister gegen den Prinzen anhängig gemachte Strafverfahren beendet. Im Einvernehmen mit dem preussischen Justizminister ist der Oberstaatsanwalt in Potsdam zu der Feststellung gelangt, daß weder ein Verstoß gegen das Kapitalfluchtgesetz, noch ein sonstiges Vergehen ersichtlich sei. Es wird demgemäß durch Verordnung vom 26. März das Verfahren eingestellt und die Beschlagnahme der zwei Kisten Gebrauchsgüter aufgehoben.

**Schlesische Wahlen für den preussischen Staatsrat**

W.D. Breslau, 5. April. Der Provinziallandtag für Niederschlesien wählte heute zu Mitgliedern des Staatsrates den Reichstagspräsidenten Lobe-Breslau, Landrat Friedrich-Sprottau und Professor Fuchs-Breslau (Sozialdemokraten), Ministerialdirektor a. D. Graf Keiserling, Vertrat Edert-Rau-Weißstein (gemeinsame Liste der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei) und Amtsgerichtsrat Weiß-Schweidnitz (Z.).

**Verurteilungen in Oberschlesien**

W.D. Oppeln, 5. April. Vor dem Interalliierten Sondergerichtshof fand heute der Prozeß gegen die vier verantwortlichen Redakteure deutscher Zeitungen in Oberschlesien statt, die die Meldung über die angebliche Schließung der Warschauer Börse veröffentlicht hatten. Der Gerichtshof verurteilte die vier Angeklagten zu 5000 M. Geldstrafe und zu Gefängnisstrafen von acht bis fünfzehn Tagen. Weiter verurteilte das Gericht den Generaldirektor der Hohenzollerngrube Hübener, auf dessen Befehlum Waffen gefunden worden waren, zu fünf Monaten Gefängnis.

**Brandkatastrophe**

W.D. Magdeburg, 5. April. Die „Magdeburger Zeitung“ meldet: In einer Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand gestern ein großer Brand, der in den frühen Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand explodierten zahlreiche Granaten. Vier wurden drei Tote festgestellt. Im städtischen Krankenhaus wurden vier Schwerverletzte eingeliefert. Doch dürfte die Zahl der Toten und der Verletzten weit höher sein.

**Karlens Abreise von Ungarn**

Budapest, 5. April. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung reiste Ministerpräsident Graf Teleki mit der Kaiserin Karl sei heute vormittag 10.35 Uhr aus Wien am Anger abgereist. Ministerpräsident Teleki führte weiter aus, die Regierung hoffe, daß die Abreise für die äußere wie die innere Lage beruhigend wirken werde. Die unerwartete Ankunft des Kaisers habe Ungarn vor eine schwere Belastungsprobe gestellt, die glänzend bestanden worden sei. Jeder wertvolle Beobachter müsse zugestehen, daß kein Faktor durch die schwierige Lage auch nur einen Augenblick ins Wanken geraten sei. Die Mission sei nur durch die Sicherung der Durchreise verzögert worden. Ungarns Ehre habe gefordert, daß die Form gewahrt werde. Die Regierung bitte, im Interesse des Landes weiter die Ruhe zu bewahren. — Die Debatte über die Haltung der Regierung wird morgen stattfinden.

**Zusammenstöße in Schottland**

W.D. London, 5. April. Die „Times“ melden, daß es in den schottischen Bezirken zu ersten Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen gekommen sei, bei denen Betriebsrichtungen zerstört und Polizisten und andere Leute verwundet wurden. Demselben Matze zufolge ist die Heeres- und Flottenurlaubssperre verhängt worden. Abwesende Heeresangehörige sind zu ihren Einheiten zurückgerufen worden.

Schrittleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel Voltrich Heberich und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heutigen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Vereinsanzeiger**

Wannungsangelegenheiten finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.  
Karlsruhe - Viertelheim. (Sozialdemokr. Verein.) Heute abend 8 Uhr findet im Viertelheimer Hof Mitgliederversammlung mit Vortrag statt.  
Durlach. (Naturfreunde.) Am Mittwoch, 6. April, abends 8 Uhr, Lichtbildervortrag. Am Freitag, 8. April, abends 8 Uhr, Vortrag von Herrn Hauptlehrer Jasper über das Pfingstal. Am Sonntag, 10. April, Exkursionsfahrt unter Führung von Herrn Hauptlehrer Jasper ins obere Pfingstal. Abmarsch 7 Uhr morgens vom Schloßplatz. Sämtliche Veranstaltungen sind nur für Mitglieder. 3588  
Durlach. (Sängerbund Vorwärts.) Heute abend nach der Singstunde Ausgabe der Festbücher, es ist daher vollständiges Erscheinen dringend notwendig. 3586  
Durlach. (Sozialdemokr. Verein, Rathausfraktion.) Donnerstag abend punkt 8 Uhr Fraktionsstimmung im „Lamm“. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 3587  
W.D. Durlach. (Sozialdemokr. Verein.) Donnerstag den 7. April, abends 8 Uhr, in der „Lume“ Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. 3581  
Der Vorstand.

Je größer die Dose, desto vornehmer der Kauf. Je besser der Schuhputz, desto länger halten die Schuhe. Spare durch Erdal

**Pranckuch & Co.**  
**Kabeljau**  
 Frisch eingetroffen!  
 kopflos  
 bei ganzem Fisch  
 Stb. 2.-  
 im Aufschnitt  
 Stb. 2.20

**Pranckuch & Co.**  
**Kragen**  
 -Wäscherei  
**Schorpp**  
 liefert schnellstens  
 Annahmestellen:  
 Karlsruhe:  
 Bernhardstraße 8  
 Kaiserstr. 34 u. 243  
 Gerwigstraße 46  
 Amalienstraße 15  
 Waldstraße 64  
 Wilhelmstraße 32  
 Augustastr. 13  
 Schillerstraße 18  
 Kaiserallee 37  
 Gabelsbergerstr. 1  
 Rheinstraße 18.  
 Durlach:  
 Hauptstr. 15.

**Wo kaufe**  
 ich meine getz. Anzüge,  
 Heberzieher, Hfler,  
 Dosen, Bekleidung, Möbel  
 usw., bei  
**M. Schnap**  
 2186 Kaiserstr. 67  
 Eing. Baldhornstr.

**Gummihöhlen**  
 aufgetitelt ohne  
 Nägel, Sohlen und  
 Absatz 21 Kart.  
 Schürapparatur mit  
 elektrischem Betrieb.  
**Waldhornstr. 36**  
 Ecke Markgrafen-  
 u. Bähringerstraße.

**Bilder**  
 mit Rahmen, große Aus-  
 wahl, billigst.  
 2186  
 Schläfers Buchhandlg.,  
 Kaiserstraße 33.

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**

**Bodenwachs**  
 weiß und gelb  
**Schmierseife**  
 Pfund 5.-  
 Kart 577  
**Kernseife**  
 Stück 3.25  
 Kart 250-Gramm-Stück  
 Kart 3.50  
 Doppel-Stück  
 Kart 4.25  
**Flammerseife**  
**Roeslerseife**  
**Babotoilette**  
 Stück 6.-  
 und Kart 4.50

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**  
**Bodenwachs**  
 (bes. für Dinstrom)  
 Kart 2.50  
**Schrubber**  
 5- und 6-reihig  
**Waschbürsten**  
**Schneerbürsten**  
**Schmusbürsten**  
**Reis-**  
**Strohbecken**  
 mit Stiel  
 Kart 8.50  
 und Kart 9.50  
**Bugtücher**  
 Stück 3.75  
 und Kart 4.75

**Verkehr mit Speise-Eis.**  
 Das allgemeine Verbot des Verkehrs von Speise-Eis im Umherziehen und außerhalb von Eiskaufstellen ist aufgehoben worden. Unter Einhaltung der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen (der hies. Straßenpolizeiordnung, der Gewerbeordnung und der Anordnung über die Sonn- und Feiertagsruhe) ist hiernach der Verkauf von Speise-Eis in dieser Art wieder gestattet.  
 D.-J. 53  
 Karlsruhe, den 26. März 1921.  
 Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion c.

**Deutscher Bauarbeiter - Verband.**  
 Wegen Quartalschluss bleibt am Donnerstag, den 7. April, das Büro geschlossen.  
 Die Vereinsleitung.

**Wo**  
 wir einmal gut,  
 billig und sach-  
 männlich bebient  
 worden sind, gehen  
 wir immer wieder  
 hin. Darum be-  
 vorzugen meine  
 Freunde und ich:  
 bei Bedarf in:  
 Fahrradern  
 Fahrradnummi  
 Zubehör aller Art  
 und Reparaturen  
 nach wie vor die  
 Firma:  
**H. Brodthier,**  
 Karlsruhe  
 Fahrradhaus,  
 Kaiserstraße 5,  
 am Durlacher Tor.  
 Januar 1918.

**La vollfette Käse, ff. Wurstwaren**  
**Teigwaren - Eier**  
**Gemüse-Konserven**  
**Butter u. Margarine**  
**L. Wittmann (vorm. Lieb)**  
 Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. - Tel. 2563.

**Achtung Hausfrauen!**  
**Strickwolle** prima Qualität,  
 100 Gr.-Strang Nf. 10.50  
**Martin Schön, Karlsruhe**  
 Kaiserstraße 75, 2. Stock, kein Laden. 3510

**Färbe zu Hause**  
 nur mit  
**Heitmann's Farben**  
 Marke „Fuchskopf im Stern“  
**Einfach-Praktisch-Billig!**

**Die Bad. Landwirtschaftskammer**  
 verkauft Freitag, den 8. April und Samstag, den 9. April 1921, vormittags 10 Uhr, im Städtischen Viehhof in Karlsruhe eine größere Anzahl sehr schöner  
**Ferkel u. Läufer Schweine.**

**Gemüselampen** Abstrahllichte Abschl. 20 Proz.  
**Ludwig Allinger**  
 Karl-Wilhelmstr. 53  
 Fernsprecher 914.

**Kaufe u. verkaufe**  
 fortwährend getragene Herren- und Damen-Bekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reliquie, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. usw.  
**Weintraub's An- und Ver-erbittet**  
 Kronenstrasse 52 - Telefon Nr. 3747.

**Stotterer** erhalten umsonst die Broschüre: „Die Ursache des Stotterns und Beseitigung ohne Arzt und ohne Lehrer“ sowie ohne Anstaltsbesuch. Früher war ich selbst ein sehr starker Stotterer und habe mich nach vielen vergeblichen Kursen selbst geheilt. Bitte teilen Sie mir Ihre Adresse mit. Die Zusendung meines Büchleins erfolgt sofort ohne Firmenaufdruck vollständig kostenlos.  
**L. Warnecke, Hannover, Friesenstrasse 33.**

Gegen Zahnschmerzen  
**„Blascolin“**  
 in die Ohren hat sofort geholfen. In allen einschl. Geschäften zu haben.  
 Viele Anerkennungen.  
 In allen Apotheken, Drogerien und besseren Parfümerien erhältlich.

**Garantie** jede  
**Läuse-Plage**  
 auch flöhe f. Brut (Nissen) b. Menschen u. Tieren mit  
**Golda.** für Wunden und Haare unjährl. versch. Erfolge  
 versch. Ungeziefer-Beseitigungsmittel, Eisen. Zu haben in Karlsruhe i. D. Rappes & Klinge, Kaiserstraße 86 - Frau Schwan, Kaiserstraße 12.

**Badisches Landestheater.**  
 Mittwoch, den 6. April 7-10 Uhr, 12-  
**Frau Lydia.**

**Rich. Kittel**  
 Uhrmacher-Meister  
 Am Stadtgarten, Hauptbahnhof  
 Telefon 2540.  
**Moderne**  
**Zimmer-Uhren.**  
 Billigste Bezugsquelle.  
 Größte Auswahl.  
 Reparatur-Werkstätte.

**2 Zimmer von Wanzen**  
 zu reinigen nach Döllners Methode kosten Mk. 25  
 Anleitung erhalten Sie durch  
**Verfängerungs-Institut gegen Ungeziefer**  
**F. Höllstern**  
 Karlsruhe Herrenstraße 5 Tel. 3196.  
 Vergütungen der Zimmer werden nach wie vor ausbezahlt.

**Ettlingen.**  
 Am Donnerstag, den 7. April abends 8 Uhr, findet im großen Rathhaussaal eine  
**öffentliche Versammlung**  
 zwecks  
**Gründung eines Ortsvereins**  
 „Jugendhilfe“

statt. Ohne Rücksicht auf Person und Partei laden wir hierzu alle Einwohner ein, die die fürchtbare Not unserer Jugend erkennen und sich dem Dienst der Jugendhilfe zur Verfügung stellen. Das Referat hat der Geschäftsführer des Karlsruher Vereins „Jugendhilfe“ Herr Sebeisen.  
 Der vorläufige Ausschuss:  
 Das Bürgermeisteramt.  
 Der Frauenverein.  
 Der Frauenhilfsverein.  
 Kartell der freien Gewerkschaften.  
 Kartell der christlichen Gewerkschaften.  
 Verein vom „Roten Kreuz“.  
 Die weiblichen Mitglieder des Bürgerausschusses aller Parteien. 3532

**Bruchsaler Anzeigen.**  
**Brennholz-Verteilung.**  
 Die Bezugsberechtigten, welche bis jetzt ihr Brennholz noch nicht abgeholt haben, werden nochmals ersucht, ihre Holzgelder sofort auf dem Büro der Städt. Holzverteilungsstelle abzugeben. Das Holz kann im Wald oder auf dem Holzplatz abgeholt werden.  
 Welfen sind noch abzugeben.  
 Bruchsal, den 4. April 1921.  
 Städt. Holzverteilungsstelle.

**Kartenausgabe**  
 am Donnerstag, den 7. April 1921, v. 8-12 Uhr vormittags und von 2-6 Uhr nachmittags an die Buchstaben L bis einschließlich R.  
 Bruchsal, den 6. April 1921.  
 Kommunalverband Bruchsal-Stadt.  
 Kartenausgabestelle.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse**  
 für die Zeit vom 6. März bis 12. April 1921.  
 Kartoffeln . . . . . Stb. 0.40-0.46 Stb.  
 Wöhnen, weiß . . . . . Stb. 1.60 Stb.  
 bunt . . . . . Stb. 1.40 Stb.  
 Feldsalat . . . . . Stb. 1.50 Stb.  
 Gelbe Rüben, rot . . . . . Stb. 0.35 Stb.  
 Karotten . . . . . Stb. 0.40 Stb.  
 Lauch . . . . . Stb. 2.30 Stb.  
 Meerrettich . . . . . Stb. 0.40 Stb.  
 Rote Rüben . . . . . Stb. 1.00 Stb.  
 Sellerie . . . . . Stb. 1.00 Stb.  
 Schwarzwurzeln . . . . . Stb. 2.20-2.50 Stb.  
 Spinat . . . . . Stb. 0.80 Stb.  
 Sauerkraut . . . . . Stb. 0.60 Stb.  
 Winterkohl . . . . . Stb. 0.30 Stb.  
 Zwiebeln . . . . . Stb. 0.60 Stb.

**Druck-Arbeiten** aller Art  
 liefert  
**Buchdruckerei Geß & Cie.**

**Für die Gewerbeschule**  
 empfiehlt sämtliche  
**Zeichen-Materialien**  
**Reisszange usw. nach Vorschrift**  
 Firma  
**Durlach Karl Walz, am Markt.**  
 Papierhandlung

**Baden-Baden.**  
 (Som. 4. IV. 1921) Land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung.

Die neu angefertigten Verzeichnisse für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung für das Jahr 1921 liegen von Mittwoch, den 6. April 1921, an auf die Dauer von zwei Wochen zur Einsicht der Beteiligten offen. Das Verzeichnis von Baden-Baden kann auf der Kasse für Arbeiterversicherung Marktstraße Nr. 8, dasjenige von Baden-Lichtental auf der Stadtkasse dort eingesehen werden.  
 Während der Anlagenszeit und während weiterer 4 Wochen können Einträge mündlich oder schriftlich erhoben werden.  
 Das Bürgermeisteramt.

Die Hebergründung von etwa 1800 qm Bodenfläche mit einer 30 cm hohen Schicht vorhandener Muttererde auf dem Böhrlingerplatz im Gaußbüschel auf Gemartung des III zu bereuen. Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis längstens Montags, den 11. April d. Js. beim städt. Hochbauamt einzureichen.  
 Hochbauamt.

**Die Abgabe der Vollmichkarten**  
 für die Bezugsperiode vom 11. April bis 8. Mai ds. Js., für Kinder, Alters- und dauernden Krankenzulagen erfolgt im Städt. Post (frühere Verkaufsstelle 5) und zwar am:  
 Donnerstag, 7. April, für die Buchstaben A-B, Freitag, 8. April, für die Buchstaben C-D gegen Vorweisung der Haushaltungskarte und Abgabe eines Meldezettels mit Angabe der Namen und Geburtsdaten der Vollmichbezugsberechtigten.  
 Die Karten zum Bezuge der Vollmich bei Subalternen werden an oben genannten Tagen und in derselben Buchstabenreihenfolge auf Zimmer Nr. 10 gegen Vorlage des Kontrollabschnittes vom vergangenen Monat abgegeben. Ebenso können dieselben für Kinder bis zu zwei Jahren, gegen Vorweisung der Geburtsurkunde und Vollmichkarten, Zweibedarmen in Empfang genommen werden.  
 Alterszulage betr.  
 Personen, welche über 75 Jahre alt sind, erhalten pro Monat eine Zulage von 1000 Gramm Weizenmehl. Bezugsurkunde hierzu werden auf Zimmer Nr. 10, gegen Vorlage der Haushaltungskarte und eines Altersnachweises ausgestellt.  
 Lebensmittelamt Baden-Baden.

**Rastatter Anzeigen.**  
 Die Mitglieder und Angehörigen der unterzeichneten Krankenkassen werden hiermit auch auf diesem Wege dahin unterrichtet, daß auf Kosten dieser Krankenkassen keine Kranken der Privatklinik von Herrn Dr. Zahn in Rastatt überwiesen werden.  
 Wer diese Privatklinik trotzdem aufsucht, muß alle entstehenden Arzt- und Klinikkosten selbst bezahlen. Für die Kranken sind geeignete häusliche und städtische Krankenanstalten, in denen alle Operationen vorgenommen und alle Krankheiten behandelt werden können, durch Verträge bereitgestellt.  
 Wenn die Krankenkassen Kranke in letztere Anstalt einweisen, dann tragen die einweisenden Kassen auch alle entstehenden Kosten.  
 Rastatt, den 4. April 1921. 3575  
 Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Stadt.  
 Allgemeine Ortskrankenkasse Rastatt-Land.  
 Betriebskrankenkasse der Waggonfabrik A.G. Rastatt.

**Organisation ehem. Kriegsteilnehmer**  
 vor dem 9. Nov. 1918 entlassen ohne Anzug.  
 Am Mittwoch den 6. April, abends 7/8 Uhr, findet im Gasthaus zum Ritter  
**Mitglieder-Versammlung**  
 für Rastatt und Rheinau statt. 3563  
 Der Vorstand.

Ich halte täglich von 9 bis 6 Uhr  
**Sprechstunden** ab für  
 Allg. Ortskrankenkasse Rastatt  
 Stadt und Land  
 Eisenbahnbetriebskrankenkasse  
 Postkrankenkasse.  
**Dr. Riedel, prakt. Zahnarzt**  
 Rastatt, Kaiserstrasse 49. 3572

**Verkauf von**  
**Alt- u. Möbel**  
 Beschäftigung ohne Kauf-  
 abzug erwünscht.  
**Karl Rauch,**  
 Dreherstr. 3. Dreherstr. 3

**Verlangen Sie**  
 überall

**RIEMPP**  
 ist geröst.  
**Kaffee**  
 versch. Preislagen  
 offen u. abgepackt

**Kaffee-**  
**Mischung**  
 mit 10-25-50%  
 Bohnenkaffee  
 1/2 Pfd. Pakete.

**Kaffee-**  
**Zusatz**  
 beste Rohstoffe  
 1/4 Pfd. Pakete.  
**CHRISTIAN RIEMPP**  
 KAFFEE-IMPORT-GROSSHÄNDLER  
 COLONIAWAREN-GROSSHANDLUNG  
 ESSENZ- u. SENF-FABRIK  
 GEWÜRZMÜHLEN

**Sie erhalten**  
**Qualität!**

Anfertigen u. Ausarbeiten  
 von  
**Polstermöbel,**  
**3 numerierten**  
**Vorhänge** anmachen  
 bei billiger Berechnung  
 empfiehlt sich  
 Tapezierer, G. Schner,  
 Rappurstr. 23.

**2 tuchige**  
**Modellschreiner**  
 bei gutem Lohn  
 auf dauernd gesucht  
**Chr. Sauer**  
 Modellschreiner  
 mit Maschinenbetrieb  
 Göttingen. 3573

**Neue** 3431  
**Kücheneinrichtungen**  
 Küfer, Credenz, Tisch,  
 2 Boden, eichen, birch oder  
 beschliffen für 935 Mk.  
 zu verkaufen 2. Geal,  
 Rappurstr. 24 a, 4. St.

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**  
**Bodenwachs**  
 (bes. für Dinstrom)  
 Kart 2.50  
**Schrubber**  
 5- und 6-reihig  
**Waschbürsten**  
**Schneerbürsten**  
**Schmusbürsten**  
**Reis-**  
**Strohbecken**  
 mit Stiel  
 Kart 8.50  
 und Kart 9.50  
**Bugtücher**  
 Stück 3.75  
 und Kart 4.75

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**  
**Bodenwachs**  
 (bes. für Dinstrom)  
 Kart 2.50  
**Schrubber**  
 5- und 6-reihig  
**Waschbürsten**  
**Schneerbürsten**  
**Schmusbürsten**  
**Reis-**  
**Strohbecken**  
 mit Stiel  
 Kart 8.50  
 und Kart 9.50  
**Bugtücher**  
 Stück 3.75  
 und Kart 4.75

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**  
**Bodenwachs**  
 (bes. für Dinstrom)  
 Kart 2.50  
**Schrubber**  
 5- und 6-reihig  
**Waschbürsten**  
**Schneerbürsten**  
**Schmusbürsten**  
**Reis-**  
**Strohbecken**  
 mit Stiel  
 Kart 8.50  
 und Kart 9.50  
**Bugtücher**  
 Stück 3.75  
 und Kart 4.75

**Pranckuch & Co.**  
**Bugartikel**  
**Bodenwachs**  
 (bes. für Dinstrom)  
 Kart 2.50  
**Schrubber**  
 5- und 6-reihig  
**Waschbürsten**  
**Schneerbürsten**  
**Schmusbürsten**  
**Reis-**  
**Strohbecken**  
 mit Stiel  
 Kart 8.50  
 und Kart 9.50  
**Bugtücher**  
 Stück 3.75  
 und Kart 4.75